

AUFGABE UNSERER GENERATION: DIE ZUKUNFT DER EU GESTALTEN

Manuel Valls | *Premierminister der Republik Frankreich*

Dieser Text stützt sich auf die Rede von Manuel Valls im Rahmen seiner Debatte mit Jean-Claude Juncker im Conservatoire national des arts et métiers in Paris am 7. Oktober 2016, die zum Anlass der 20. Jahrestages der Gründung des Jacques Delors Instituts, damals als "Notre europe" organisiert wurde. Das Video zur Rede steht auf unserer YouTube Seite und die Fotos des Events auf unserem Flickr Profil.

Verehrter Kommissionspräsident, lieber Jean-Claude, Sehr geehrter Präsident des Delors Institut, lieber Enrico, vielen Dank für die Einladung, Sehr geehrter Herr Minister, lieber Harlem Desir,

Lassen Sie mich auch die ehemaligen Minister und Kommissare begrüßen, die heute hier sind und die alle mit der Person und dem Handeln von Jacques Delors verbunden sind,

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin sehr erfreut und stolz, heute hier im CNAM sein zu können und ich bedanke mich bei Olivier Faron für die Ausrichtung der Veranstaltung hier, um dieses Jubiläum mit Ihnen zu begehen und Jacques Delors, einem der Gründungsväter des neuen Europas, meine Ehre zu erweisen. Er ist, verehrter Jean-Claude Juncker, Ihr Mentor gewesen – man könnte Sie durchaus als seinen rechtmäßigen Nachfolger bezeichnen: Ihre Vision für Europa ähnelt der seinen, beide zeichnen sich durch denselben Pragmatismus aus, und in diesen schwierigen Zeiten ist vor allem der Geschmack der Wahrheit unerlässlich.

1. Wo steht Europa heute?

Die Kommission legt unter ihrem Vorsitz Kompetenz und Engagement an den Tag, das weiß ich aus eigener Anschauung als Premierminister. Doch Sie selbst sprachen einmal von der „Kommission der letzten Chance“. Denn machen wir uns einander nichts vor: Das europäische Projekt ist in großen Schwierigkeiten.

Europa und damit eingeschlossen die Europäische Union hat in seiner Geschichte schon einige Krisen gemeistert. Doch dass Europa sich mit so vielen schwerwiegenden Krisen gleichzeitig konfrontiert sieht, ist neu. Es ist das europäische Projekt selbst, das in seiner Gestalt gefährdet ist und der Bestand der Europäischen Union. Da wäre natürlich zunächst einmal die Bedrohung durch den Terrorismus, immer wieder kommt es zu radikalislamistischen Anschlägen. Dann ist da die Flüchtlingskrise, der Zerfall der Staaten, in Syrien, in Libyen, im Nahen Osten und das damit einhergehende Chaos, aus dem Millionen Menschen zu uns flüchten – und Sie wissen, dass ich mir öffentlich Fragen über das politische Vorgehen Deutschlands gestellt habe. Aber wir alle haben vor allem die Bilder im Kopf, die nicht nur Bilder sind, die entsetzlichen Dramen, die sich auf dem Mittelmeer abspielen. Und wir wissen, dass diese Dramen ohne eine politische oder militärische Lösung in Libyen, in Syrien und im Irak noch die nächsten Monate und Jahre anhalten werden.

Dazu kommt die Wirtschaftskrise. Europa, das über lange Jahre für ein Wohlstandsversprechen stand, gilt nicht länger als Synonym für Wachstum, zumindest im Großteil der Staaten. Stattdessen leidet Europa unter hoher Arbeitslosigkeit, von der insbesondere junge Menschen betroffen sind, natürlich in Frankreich, aber auch in anderen Ländern.

Schließlich wäre da, viertens, der Brexit. Der Brexit führt uns das ganze Ausmaß des Vertrauensverlusts



deutlich vor Augen, mit dem wir es zu tun haben. Tatsächlich zeichnete sich dieser Trend bereits in den Referenden ab, die in den letzten Jahren in Frankreich, Griechenland, Dänemark, den Niederlanden oder Ungarn stattfanden.

Europa hat zwar reagiert auf diese Krisensituationen und dieses Handeln ging natürlich in die richtige Richtung. Aber wir alle zusammen, und ich will auf damit auf die Einschärfung von Enrico Letta antworten, – die Regierungen der Mitgliedsstaaten, die Europäische Kommission und das EU-Parlament – müssten schneller und noch viel entschiedener handeln, denn es geht um einen Notfall. Der politische Kurs, auf dem sich der Kontinent befindet, muss den Bürgern in Europa verständlich gemacht werden, er muss für sie nachvollziehbar sein, da sie nicht mehr verstehen, was Europa ist. Sie müssen sehen können, wofür Europa steht. Dazu müssen wir uns viel stärker auf die europäische Identität berufen, als wir das derzeit tun.

2. Das Projekt neu denken und sich die richtigen Fragen stellen

2.1. Was bedeutet es, Europäer zu sein?

Was bedeutet es, ein Europäer zu sein? Es bedeutet in erster Linie, eine gewisse Vorstellung von Humanität zu vertreten. Ich sage das nicht hier, weil es zum guten Ton gehört, sondern weil es mir vor allem angesichts der Umbrüche in der Welt fundamental erscheint. Wir teilen ein gemeinsames Ideal der Bürger- und Menschenrechte, weil die Konstruktion der Europäischen Union die Frucht der Dramen des zwanzigsten Jahrhunderts ist. Dieses Ideal bildet auf dem ganzen Kontinent, zunächst von Ost nach West, die Grundlage unserer politischen Institutionen. Alle Macht geht vom Volke aus, das seine Repräsentanten selbst wählt. Dieses Ideal steht für Freiheit und den Kampf gegen Willkür.

Das heißt konkret: Wir bekämpfen Ungleichheit und Diskriminierung. Bei der Gleichstellung der Frauen beispielsweise hat Europa viel erreicht und unseren alten Nationalstaaten auf die Sprünge geholfen. Ich möchte hinzufügen, dass Europäer zu sein für mich auch bedeutet, im Namen von Gleichheit und Freiheit ein Zeichen gegen die Unterdrückung von Frauen zu setzen. Immer wieder soll ihre Individualität hinter einem Ganzkörperschleier zum Verschwinden gebracht und auf diese Weise aus dem öffentlichen Raum verbannt werden.

Aber Europa steht außerdem für die Abschaffung der Todesstrafe, das Recht auf Abtreibung, die Unabhängigkeit von Justiz und Medien sowie das Recht auf Asyl, ein universelles Recht, das respektiert

und ausgeführt werden muss! Einige dieser Rechte und Freiheiten werden heute auch in einigen Staaten Europas selbst offen infrage gestellt, nicht nur durch den Anstieg des Populismus, sondern auch durch Regierungen und Mehrheiten. Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen.

Europäer zu sein, bedeutet auch eine Lebensart zu führen.

Unsere Kultur lässt uns als Europäer enger zusammenrücken. Sie ermöglicht es, anderen mit Offenheit zu begegnen. Diese gemeinsame Kultur darf deshalb unter keinen Umständen zu einer Angelegenheit der Elite werden. Die Kultur ist die „gemeinsame Sprache Europas“, so formulierte es einst der Historiker Fernand Braudel. Wir teilen ein gemeinsames literarisches Erbe, man könnte sagen, dass dies offensichtlich ist, aber trotzdem finde ich es wichtig es zu erwähnen. Die Liste ist beeindruckend: Cervantes, Goethe, Dante und Molière. Ihre Werke sprechen von uns Europäern. Europa hat einzigartige Maler hervorgebracht: Velázquez, Rembrandt, Michelangelo. Ihre Bilder erzählen unsere Geschichte. Nicht zu vergessen die Virtuosen in der Musik: Mozart, Verdi, Schubert, Chopin, Ravel. In ihren Kompositionen vernimmt man den Herzschlag eines ganzen Kontinents.

Aber man kann sich auch die großen Denker und Schriftsteller der Gegenwart ansehen, von Habermas über Le Clézio, bis hin zu unglaublichen Malern wie Miquel Barceló. Dazu kommen die digitalen oder die urbanen Künste, welche kurz um gesagt durch die Vermischung der Völker und Kulturen Europas entstanden sind.

Europäer zu sein heißt auch, in einem künstlerischen Werk mehr als eine bloße Ware zu sehen. Deshalb muss Europa alles daransetzen, seine Kultur- und Kreativwirtschaft zu erhalten, seine Film- und Musikindustrie, all die Künstler. Es gilt, das Urheberrecht beharrlich zu verteidigen, insbesondere im Zeitalter der digitalen Revolution und weil die großen, oftmals amerikanischen Firmen ihre Vorstellung von Kultur der Welt auferlegen wollen

Unsere art de vivre, unsere Lebenskunst gründet auf einem Sozialmodell. Ich will die mitunter beträchtlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gar nicht in Abrede stellen, doch Werte wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität teilen wir alle. Des Weiteren haben die Christdemokraten und die Sozialdemokraten gemeinsam die christliche Demokratie verteidigt und verteidigen weiterhin oft dieselben Ideen: Wir bekennen uns zur Marktwirtschaft und zum Wettbewerb – aber nicht um jeden Preis, nicht zum Leidwesen der Schwächsten.

In Europa ist man nicht auf sich allein gestellt, wie es ein aggressiver Ultraliberalismus immer wieder einfordert. In Europa gelten Regeln und das ist während mehrerer Jahre, vor allem nach der Präsidentschaft von Delors oder Prodi vergessen worden und es liegt ihnen am Herzen, diesen Regelwillen aufrecht zu erhalten. Und ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen – denn ich bin ein Sozialdemokrat, ein Sozialreformist – und behaupten, dass die Sozialdemokratie trotz der schweren Krise, die sie momentan erfährt, notwendiger denn je ist. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass es gelingt ihr, sich neu zu erfinden und ihre Vorstellung eines breiten gesellschaftlichen Kompromisses neu zu definieren, basierend auf dem sozialen Dialog, den Wohlfahrtsstaat und den gesellschaftlichen Schutz zu überdenken und insbesondere der Politik und Europa wieder einen Sinn zu geben

Unsere Lebenskunst kommt auch in unserer Beziehung zur Umwelt zum Ausdruck. Deswegen engagieren wir uns für den Klimaschutz. Ohne die Initiative Europas, ohne die diplomatischen Bemühungen, ohne die Kommission und ohne Sie persönlich, lieber Jean-Claude Juncker, wäre das Pariser Klimaabkommen vor knapp einem Jahr nie zustande gekommen und deshalb ist es wichtig, auch die Dinge zu betonen, die funktionieren. Das war ein historischer Durchbruch und es war wichtig, dass die EU das Abkommen umgehend ratifiziert.

Europäer zu sein, heißt letztlich auch, Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Denn Europa ist die Wiege des Universalismus. Die Werte des Universalismus sind um die Welt gegangen, sie sprechen und müssen sprechen zu den Herzen der Völker auf allen Kontinenten. In der Folge sind die Erwartungen an Europa natürlich besonders groß. Daher ist es unerträglich, wenn Europa bei schrecklichen Ereignissen teils tatenlos zusieht, ja sie schweigend hinnimmt.

Die Identität Europas erwächst aus Werten, einer gemeinsamen Kultur und Zivilisation und ich richte dies insbesondere an die Jugend. Das vergegenwärtige ich mir jedes Mal, wenn ich sehe, wie die europäische Fahne neben der Trikolore, der Flagge meines Landes, gehisst wird. Das erfüllt mich mit Stolz. Fahnen schwenkend zogen wir einst gegeneinander in den Krieg, nun wehen die Flaggen einvernehmlich nebeneinander – unter dem gemeinsamen Banner der EU! Es gibt genug Platz für einen nationalstaatlichen und für einen europäischen Patriotismus und für ein europäisches Engagement. Sie gehören letztlich zusammen.

Wer es aber ernst meint mit der europäischen Identität, muss die Existenz der europäischen Außengrenzen anerkennen, das sollte so deutlich

gesagt werden. Manche weigern sich sogar, überhaupt von Außengrenzen zu sprechen. Die europäische Identität hat klare geographische Umrisse. Dabei geht es nicht darum, irgendetwas auszuschließen oder auszugrenzen, sondern um die Bestimmung des eigenen Standortes, einer Kultur, einer Zivilisation, eines Wirtschaftsraums, aber auch eines kulturellen Raums. Ohne ein Außen wird man auch innen nichts finden. Aus diesem Grund kann die Erweiterung der Europäischen Union nicht ewig weitergehen. Natürlich werden noch einige Staaten (insbesondere Länder auf dem Balkan) der EU beitreten, wenn die Zeit reif ist. Doch ich bin der festen Überzeugung, dass auch die Möglichkeit gegeben sein muss, nein zu sagen. Natürlich kommt man in diesem Zusammenhang auch auf die Türkei zu sprechen. Das ist zugegebenermaßen ein heikles, schwieriges Thema, für das es keine einfachen Lösungen gibt, vor allem nicht vor dem Block der Wahlkampagnen. Aber man sollte trotzdem zu keinem Moment ein doppeltes Spiel betreiben. Die Türkei ist ein wichtiger Partner, als NATO-Mitglied leistet sie einen wesentlichen Beitrag zu unserer kollektiven Sicherheit. Dies wird durch die Flüchtlingskrise deutlich. Die Türkei ist Mitglied der Vereinten Nationen und doch sollte man bei der Beitrittsdebatte auch andere Aspekte in Betracht ziehen. Und damit meine nicht etwa die Tatsache, dass die Türkei ein muslimisches Land ist! Der Islam – ein moderner Islam, der dem Gift des Salafismus abgeschworen hat – hat seinen Platz in Europa, das war gestern so, das ist heute so und das wird auch so bleiben. Der Islam ist ein Teil von uns, unserer europäischen Identität, unserer Geschichte, unserer Wurzeln wie die anderen Monotheismen. Mit der Debatte um den Beitritt der Türkei stellt sich vielmehr die Frage nach Europas Grenzen und nach der geographischen und politischen Gestalt der EU. Unabhängig davon müssen wir ohnehin mehr strategische Partnerschaften mit der Türkei, Russland, dem Nahen Osten, Ägypten und den Ländern des Maghreb eingehen, worauf ich zurückkommen werde

2.2. Ausgestaltung des politischen Europas

Ich habe meine Rede begonnen mit der Vision von Europa – und man könnte das als sehr französisch bezeichnen –, denn ohne den Sinn und diese politische Vision hätten wir nicht überzeugen können. Meine Generation hat die Konstruktion Europas miterlebt und ich weiß, dass die Europäische Union dem Land aus dem ich stamme, Spanien, und den Ländern des Südens, Spanien, Portugal und Griechenland und den Ländern, die sich vom sowjetischen Block abspalten wollten, zu wirtschaftlichem und sozialem Aufschwung verholfen hat. Aber wir wissen – im Vergleich mit den Generationen, die nur mit der Wirtschaftskrise und dem Chaos in der Welt leben –, dass wenn wir nicht in



der Lage sind, Europa einen Sinn zu geben, sie sich abwenden werden. Und selbst die Demokratie ist keine dauerhafte Errungenschaft: Einige denken heute, dass es abgesehen von der Demokratie auch andere Formen politischer autoritärer Regime gibt, die ein effizientes Handeln und Schutz ermöglichen. Folglich bleibt dieses Debatte offener denn je zuvor.

Europa hat eine Identität, es hat Grenzen. Und Europa ist souverän, aber nur als Verbund von Nationalstaaten. Die Formulierung verdanken wir Jacques Delors. Dieser große Europakenner und Historiker wies uns den richtigen Weg und wir täten gut daran, auf diesen Pfad zurückzukehren.

Europa darf kein Bundesstaat werden! Sie haben es bereits gesagt, lieber Jean-Claude, auch wenn wir alle die Rede von Victor Hugo „Die Vereinigten Staaten von Europa“ gelesen haben; dies ist nicht unser Bestreben. Aber gleichzeitig ist Europa mehr als eine internationale Organisation. Die Staaten haben sich aus freien Stücken entschieden, ihre Hoheitsrechte in vielen Bereichen gemeinsam auszuüben und teilweise – wie im Fall der Währungspolitik – zu bündeln und zu verteidigen wie den Euro.

Ich persönlich glaube auch weiterhin an die Nationen. Sie sind keine Relikte der Vergangenheit, es gibt also keinen Grund zur Nostalgie. Sie bieten Orientierung in einer Welt, die sich rasend schnell verändert. Man muss sich doch nur mal anschauen, welche großen Nationen derzeit die globale Bühne betreten. Es ist im Übrigen eine interessante Geschichtslektion, den Wiederaufstieg von Russland, der Türkei und dem Iran zu sehen, die ins Gewicht fallen gegenüber einem Europa, dem es schwer fällt, seine Ziele zu erreichen; und zu sehen, wie sich die Dinge im Osten ähnlich der Situation vor dem Ersten Weltkrieg entwickeln, da die Vereinten Nationen von Amerika von ihren eigenen Zielen absehen. Die Geschichte ist da, sie kehrt zurück mit ihrem tragischen Teil.

Ohne starke Staaten, die hinter ihm stehen, macht sich das europäische Projekt verwundbar. Aber ohne eine handlungsfähige EU sind unsere Staaten zu schwach.

Europa verheißt ein Stück weit mehr Souveränität, denn als Teil Europas haben die einzelnen Länder mehr Gewicht. In diesem Punkt täuschen sich die Wortführer populistischer Strömungen, die allerorten auf dem Vormarsch sind. Sie meinen, man müsse sich aus der Welt zurückziehen und verbarrikadieren. Das ist schlicht Unsinn. Wer die Isolation und den Nationalismus wählt, beschwört Ruin und Niedergang für sich und andere herauf. In Frankreich schlägt die Front national, die extreme Rechte, nicht nur den Austritt aus dem Euro, sondern zukünftig auch den Austritt aus der Europäischen Union vor. Damit würden sie unser Land ruinieren, unsere Wirtschaft und insbesondere die kleinen Unternehmen und die Volksschicht, die sie vorgeben zu verteidigen. An der Stelle müssen wir für unsere Überzeugungen konsequent eintreten und jenen die Stirn bieten, die glauben machen wollen, auf die Abschottung folge ein neues goldenes Zeitalter. Sobald es nämlich ans Eingemachte geht, zeigen diese Leute ihr wahres Gesicht. Sie machen sich feige aus dem Staub und hinterlassen einen Scherbenhaufen!

3. Die Zeit der Unschuld ist vorüber.

Wir müssen Europa in die Hand nehmen.

Für uns, die wir Europäer aus Überzeugung sind, ist es höchste Zeit, die Ärmel hochzukrempeln, denn zu tun gibt es genug. Es ist in der Tat, Enrico, äußerst dringend. Wir müssen unter Beweis stellen, dass Europa die Sorgen und Fragen der Leute ernst nimmt. Die EU muss sich einen Ruck geben, sie muss endlich einsehen, dass die Zeit der Unschuld vorbei ist.

3.1. Sicherheit und Verteidigung

Sicherheit und Verteidigung müssen endlich zu europäischen Kernkompetenzen werden. Die Bürger verlangen ein Europa, das Schutz bietet, die Innere Sicherheit garantiert, aber auch – und das ist neu – verstärkt jenseits der eigenen Grenzen tätig wird. Denn die Gefahren machen nicht an den europäischen Außengrenzen halt.

Im Laufe dieses Jahres und insbesondere auf dem jüngsten EU-Gipfel in Bratislava gab es bedeutende

Vorstöße zur Verbesserung der Inneren Sicherheit Europas, was nicht zuletzt dem Engagement von Präsident François Hollande und Kanzlerin Angela Merkel, aber auch der Kommission zu verdanken ist. Ich denke dabei an den Flugdatensatz oder die Waffenrichtlinie. Jetzt müssen die Beschlüsse rasch umgesetzt werden, die angespannte Sicherheitslage duldet keinen Verzug. Europa hat Außengrenzen; um sie zu schützen, benötigen wir einen Europäischen Grenzschutz, Hilfsmittel für FRONTEX. Wir brauchen ein zentrales Online-Registrierungssystem nach dem Vorbild des ESTA-Programms, das die Einreise in die USA regelt.

Sie haben sich, Herr Präsident, sehr deutlich zum Stellenwert der Verteidigungspolitik geäußert, den Sie trotz der Luxemburgischen Armee, über die Sie zuvor gesprochen haben, kennen und dafür möchte ich Ihnen danken. Über die maßgeblichen Vorschläge wird bereits verhandelt, einige davon haben Sie sich auch hier im Institut-Delors zu eigen gemacht, doch auf europäischer Ebene geht es viel zu langsam voran. Die französische Armee kann doch nicht dauerhaft eine europäische Armee ersetzen! Auch wenn wir unsere Pflichten ausüben in den nächsten fünf Jahren in Frankreich, erreichen die Ausgaben für die Verteidigung 2 % des Bruttoinlandsprodukts. Unsere Streitkräfte müssen modernisiert werden, denn sie sind abgenutzt von inneren Missionen, aber vor allem von äußeren Operationen. Und wir wissen, dass die Zeit drängt.

3.2. Wachstum und Arbeitsplätze

Die Bürger sorgen sich um die wirtschaftliche Lage Europas, sie sind beunruhigt angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt. In den letzten Jahren hat Europa seine Aufmerksamkeit und Energien vor allem auf Schuldenregeln, Obergrenzen und die technischen Details der Europäischen Verträge gerichtet. Mit Erfolg: Die EU wurde zum Synonym für Defizitabbau. Doch in den letzten zehn Jahren erging es Europa in wirtschaftlicher Hinsicht schlechter als seinen wichtigsten Handelspartnern. Die Lage bessert sich allmählich. Doch uns allen ist klar, dass die Rückkehr des Wachstums in beunruhigendem Maße der Zins- und Währungspolitik der Europäischen Zentralbank geschuldet ist – und ich möchte dennoch die Handlungen von Mario Draghi begrüßen. Auf Dauer kann es so nicht weitergehen.

Wirtschaft und Arbeit gehören zu den Aufgabenbereichen, für die die Regierungen der Mitgliedsstaaten im Verbund mit der EU zuständig sind. Die digitale Revolution, die Erderwärmung und der demographische Wandel verändern die ökonomischen Rahmenbedingungen grundlegend. Vor

diesem Hintergrund kann sich Wachstumspolitik nicht auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit reduzieren, auch wenn sie unbestreitbar wichtig ist. Mir ist bewusst, dass unsere Partner in Deutschland das völlig anders sehen, aber ich bleibe bei meinem Standpunkt. Wir können weiter die Debatte führen, die sich kaum verändert, über die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland, welche offensichtlich essentiell ist. Aber für eine effektive Beziehung muss man sich auch den Problemen stellen. Ich möchte kurz – wie ich es vor knapp einem Jahr in München getan habe – auf die Frage der Flüchtlingspolitik zurückkommen, die auch eine wirtschaftliche Frage ist.

Frankreich konnte sein Defizit verringern, wir haben schwierige Reformen auf den Weg gebracht, so dass wir nun besser vom Aufschwung profitieren können. Innerhalb dieser Reformen gibt es natürlich auch strukturelle Reformen, welche die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt behandeln. Man kann immer noch weiter gehen und Dinge verbessern, daran zweifle ich keinen Augenblick. Aber wir haben von Anfang an gesagt, dass die Länder, die Überschüsse aufweisen, im Gegenzug auch die Zügel lockern müssen. Diesbezüglich nehme ich zur Kenntnis, dass Deutschland dabei ist, seine Überschüsse durch die angekündigten Steuersenkungen abzubauen. Nun muss ein weiteres Tabu fallen: Die EU muss sich verschulden dürfen, um Projekte finanzieren zu können, die Europa und den Zusammenhalt zwischen den Völkern stärken. Jacques Delors treu zu sein, heißt sich an sein Werk zu erinnern. Der Juncker-Plan, den ich würdigen möchte und von dem Frankreich sehr profitiert hat, würde dadurch eine zusätzliche Dimension bekommen.

Die Größe und Vitalität unseres europäischen Binnenmarktes trägt zum Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Doch dieser Markt ist kein Freifahrtschein für Steuervermeidung und Sozialdumping, auch wenn das einige große Banken vielleicht gerne so hätten – unser Europa wäre das allerdings nicht mehr.

Man muss dem Missbrauch der Entsenderichtlinie endlich einen Riegel vorschieben. Dass sie, verehrter Herr Präsident, sich dieses Themas beherzt angenommen haben – dazu gehörte großer Mut. Für alle in Frankreich tätigen Arbeitnehmer gilt unabhängig von ihrer Herkunft dasselbe Sozialrecht. Für sie gelten die gleichen Arbeitsbedingungen, sie haben das Recht auf denselben Gesundheits- und Unfallschutz, ihnen steht der gleiche Lohn zu. Werden diese Bedingungen nicht eingehalten, sehen sich die Arbeitnehmer einem Unterbietungswettbewerb ausgesetzt. Dem Ressentiment wäre Tür und Tor geöffnet. Es reicht, sich mit den französischen Arbeitnehmern der Industrie,

der Transport- und der Landwirtschaftsbranche zu unterhalten, die genau das am eigenen Leib erfahren. Wenn wir uns nicht einmal für die Einhaltung dieser Mindeststandards einsetzen, würde den Bürgern in Europa dafür zu Recht jegliches Verständnis fehlen. Und genau da müssen wir weiterhin handeln.

Ähnlich verhält es sich mit jenen multinationalen Unternehmen, die das Steuergefälle zwischen den Mitgliedsstaaten ausnutzen, um möglichst wenig an den Fiskus entrichten zu müssen. Das kommt einer Weigerung gleich, ihren Anteil zur Finanzierung aller Anlagen und Infrastruktur beizusteuern, die sie doch selbst nutzen. Wir müssen uns in dieser Frage unnachgiebig zeigen! Auch deshalb heiße ich das Vorgehen der Europäischen Kommission gegenüber Apple ausdrücklich gut...

Wirtschaftswachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen, das heißt auch, europäische Interessen ohne falsche Scheu gegenüber Drittstaaten zu verteidigen, die keine Skrupel haben, die eigenen Anliegen rücksichtslos durchzusetzen. Schluss mit der Naivität! Wir sind Europa, die größte Wirtschaftsmacht der Welt – also sollten wir uns auch Gehör verschaffen!

Ich bin für den Freihandel, aber nicht, wenn er auf Kosten unserer Unternehmen und Produktionsstandorte geht und zu einem ungleichen Wettbewerb führt – und ich weiß, lieber Jean-Claude, welche Sorgen Sie wegen des Stahls hatten. Davon hängt die Zukunft unserer Industrien ab, insbesondere der Stahlindustrie! Davon hängt unsere Landwirtschaft ab, insbesondere die Viehzucht und die Milchbauern. Und ein ultraliberaler Wind hat den Bereich der Landwirtschaft in Europa während zu langer Zeit dominiert. Wir verfügen über die notwendigen Instrumente gegen Preisdumping, also müssen wir sie auch benutzen!

Ist man bei Verhandlungen zu einem zufriedenstellenden Ergebnis gekommen, wie das beim CETA-Handelspakt mit Kanada der Fall ist – Sie haben es gesagt und ich werde es selbst nochmals nächste Woche in Ottawa sagen –, sollte man das entsprechende Abkommen unterzeichnen. Aber wenn Verhandlungen nicht von der Stelle kommen, wenn sie, wie das beim Transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA zu beobachten ist, das in der fünfzehnten Verhandlungsrunde feststeckt, dann sollte man dieser Tatsache ins Auge blicken, die Dinge beim Namen nennen, so tut es Frankreich auf jeden Fall, und von dem Unterfangen Abstand nehmen.

Wir müssen unsere Industrie verteidigen und gleichzeitig den Wirtschaftszweigen der Zukunft den Weg ebnen. Wir besitzen alle nötigen Kompetenzen, wir haben die Forschungszentren, das wissenschaftliche

Personal, die großen Universitäten, unsere großen Prioritäten für die Zukunft – all das Humankapital, in das wir noch stärker investieren müssen –, um in den Wirtschaftsbranchen von morgen Spitzenpositionen zu besetzen. Man denke nur an die Erneuerbaren Energien und die Digitalisierung.

Europa ist der größte Binnenmarkt der Welt und trotzdem haben wir im digitalen Bereich nicht einen Global Player hervorgebracht, der es mit den asiatischen oder amerikanischen Firmen aufnehmen könnte. Dabei kann die nächste Generation der Internetgiganten sehr wohl aus Europa kommen, wenn wir dafür die nötigen Voraussetzungen schaffen. Dazu gehören die Anpassung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU, der Aufbau von Innovations-Ökosystemen – das sehen wir deutlich in Frankreich, wo sich die Ingenieure streiten, erleichtert Firmengründungen und ermöglicht bessere Finanzierungsmöglichkeiten.

3.3. Außenbeziehungen

Ein Europa, das Verantwortung übernimmt, ist ein Europa, das, und darüber haben wir vor einigen Tagen mit Elisabeth Guigou gesprochen, sich zu seinem Platz und seiner Stellung in der globalisierten Welt endlich offen bekennt. Ein Europa, das nun, da die USA, ich wiederhole es, eine weniger aktive Rolle in der Welt spielen wollen, international das Wort ergreift und mehr Einfluss auf das Weltgeschehen nimmt. Ein Europa, das sich mehr als je zuvor dem afrikanischen Kontinent zuwendet. Ich übergehe natürlich nicht die Spannungen mit Russland oder an unseren östlichen Grenzen. Aber im Mittelmeer und in Afrika verläuft unsere neue Grenze. Wir müssen uns der afrikanischen Jugend zuwenden und ihr klare und konkrete Signale geben. Warum denn zum Beispiel nicht ein afrikanisches Erasmus-Programm – man müsste natürlich einen anderen Namen als Erasmus finden, aber Senghor wäre ohne Zweifel eine schöne Referenz –, das Zugang zu unseren Universitäten und Grandes Ecoles gewährt und im Gegenzug der europäischen Jugend die Möglichkeit eröffnet, Afrika zu entdecken? Warum nicht auch einen Teil unserer Entwicklungshilfe für die Förderung junger innovativer Start-ups in Afrika verwenden?

Wir müssen in Afrika in allen Bereichen handeln – und wir tun es, zum Beispiel Frankreich und Deutschland gemeinsam. Die Geschichte mit ihren Wunden bleibt natürlich bestehen, aber es gibt auch eine Erwartung, eine Hoffnung von einem Afrika heute, das dank der Mobiltelefone oder der Solarenergie im Zuge ist, sich vor unseren Augen trotz der enormen Ungleichheiten zu verändern. Migration, Wirtschaft, Religion, demographische und klimatische Veränderungen – die großen Herausforderungen unserer Gegenwart entscheiden

sich in Afrika. Und daher mein Appel: Europa sollte sein Augenmerk mehr als je zuvor verstärkt auf den afrikanischen Kontinent, ein großer Aufwand, der zu erfüllen ist, richten.

4. Das europäische Projekt

Ich bin davon überzeugt, dass Europa wieder aufleben wird, wenn es diese Projekte entschieden angeht. Wenn wir aber in unseren Bemühungen nachlassen, wenn Europa schwach ist, dann wird die Vision, welche die Gründungsväter wie Jacques Delors von Europa hatten, sterben. Nicht allen der 27 Mitgliedstaaten steht der Sinn nach großen Sprüngen. Doch das sollte kein Hindernis sein. Integrationswillige Staaten könnten mit ein paar zukunftsweisenden neuen Ideen vorangehen: ein gemeinsamer Mindestlohn oder die Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung. Und wenn sich einzelne Länder einem gemeinsamen europäischen Verteidigungssystem verweigern, dann müssen wir eben die zwischenstaatliche Kooperation in diesem Bereich verstärken. Das ist ebenfalls eine Frage des politischen Willens.

Für diese neue Vorgehensweise bleiben die deutsch-französischen Beziehungen natürlich maßgeblich, auch wenn sie nicht allein ausschlaggebend sind. Gemeinsam tragen unsere beiden Länder über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg eine besondere Verantwortung, wie der französische Staatspräsident und die deutsche Kanzlerin immer wieder bekräftigen. Von diesem Blickwinkel aus wird die Debatte um Großbritannien und den Brexit wichtig sein. Der französische Staatspräsident lag richtig damit, gestern Abend vor Ihnen klar und mit geschlossener Position in seinen Diskussionen und Verhandlungen aufzutreten. Denn wie Sie es gesagt haben: Man kann nicht mit einem Fuß draußen und mit dem anderen Fuß drinnen stehen. Man kann nicht von der Europäischen Union und all ihren Vorteilen profitieren, aber nicht die damit verbundenen Verpflichtungen eingehen wollen. Es ist Teil dieser Verantwortung, neue Vorschläge zu unterbreiten, andere davon zu überzeugen und sie dann umzusetzen.

Fazit

Meine Damen und Herren,

das europäische Projekt hat mindestens zwei Generationen, meine Generation und die meiner Eltern beflügelt. Es ist eine einmalige Erfolgsgeschichte, aber auch eine Verpflichtung gegenüber unserer Jugend. Man sollte nicht vergessen, dass gerade junge Menschen sich in Großbritannien mit überwältigender Mehrheit für einen Verbleib ihres Landes in der EU ausgesprochen haben.

Was wollen wir? Wollen wir die Generation sein, die das europäische Projekt endgültig zu Grabe getragen hat, weil sie sich ihrer Verantwortung nicht stellen wollte? ... Oder eine Generation, die es allen Zerreißproben und Zweifeln zum Trotz – und davon gibt es momentan zahlreiche – geschafft hat, das großartige Projekt der Europäischen Union wiederzubeleben?

Meine Antwort ist deutlich und wir teilen sie hier: Krempeln wir die Ärmel hoch! Ergreifen wir die Initiative ohne Angst etwas zu erschüttern und über das Datum der Wahlen hinaus, seien wir fantasievoll! Das Herz und den Verstand – um zu Jacques Delors zurückzukehren – müssen wir wiederbeleben.

Seien wir energisch! Wir wollen hoch hinaus! Auf unserer Generation lastet eine große Verantwortung. Und es ist unsere vielleicht letzte Chance. Aber es ist eine riesige, großartige und historische Aufgabe! Und die politische Zukunft der Europäischen Union ist mehr als je zuvor unsere brennendste Aufgabe.

Meine lieben Freunde, es lebe Europa und es lebe unser Europa!



Zu den gleichen Themen...

JA, WIR SIND EUROPÄER!

Declaration by the Jacques Delors Institute's European steering committee, Tribune, Viewpoint, Jacques Delors Institute, November 2016

FRANKREICH'S VISION VON EUROPA

François Hollande, Tribune, Jacques Delors Institute, November 2016

FÜR EIN EHRGEIZIGES EUROPA

Jean-Claude Juncker, Tribune, Jacques Delors Institute, November 2016

20 YEARS OF EUROPE! FRANÇOIS HOLLANDE 06.10.2016

François Hollande, Video, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

THE POLITICAL FUTURE OF THE EUROPEAN UNION - JEAN-CLAUDE JUNCKER 7.10.16

Jean-Claude Juncker, Video, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

THE POLITICAL FUTURE OF THE EUROPEAN UNION - MANUEL VALLS 7.10.16

Manuel Valls, Video, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

STRONGER TOGETHER – EVEN AT 27!

Yves Bertoncini and Enrico Letta, Tribune, Viewpoint, Institut Jacques Delors, September 2016

EU UND KOLLEKTIVE SICHERHEIT: GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER!

Jacques Delors, António Vitorino, Pascal Lamy, Enrico Letta and Yves Bertoncini, Tribune, Jacques Delors Institute, Juni 2016

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten
• Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig • Übersetzung aus dem Französischen •
© Jacques Delors Institut – Berlin, 2016 •
©Fotos: David Pauwels



Hertie School
of Governance

Pariser Platz 6, D - 10117 Berlin
19 rue de Milan, F - 75009 Paris
office@delorsinstitut.de
www.delorsinstitut.de

